

## AKTIV

07.08.2007 Von Coordination gegen BAYER-Gefahren:

### **Hochgefährliche CO-Pipeline stoppen**

Das Gas Kohlenmonoxid (CO) ist geruchlos. Und tödlich. Im Herzen Deutschlands, in NRW, würden in kürzester Zeit mehr als 140.000 Menschen sterben, käme es zu einem Bruch der geplanten CO-Leitung des BAYER-Konzerns (Gutachten der Stadt Ratingen). In allen Gemeinden entlang der Trasse der BAYER-Pipeline formiert sich Widerstand. Unterschriften werden gesammelt, Demonstrationen werden organisiert. Selbst sieben Bürgermeister haben sich bereits gegen die BAYER-Giftgasröhre gestellt.

Sie können helfen. Unterschriftenaktion: Ich fordere den BAYER-Konzern auf, keine Kohlenmonoxid-Pipeline von Dormagen nach Krefeld zu bauen. Die Landesregierung muss wegen der Gefahren für die Bevölkerung einen Bau-Stopp verfügen <http://www.cbgnetwork.org/2044.html>

=====

## CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

16.07.2007 **Emissionen: Drucker haben am Arbeitsplatz nichts zu suchen**  
**Kritisierte Arbeitsmediziner sieht Statements als verkürzt**

<http://www.presetext.de/ptepprint.mc?pte=070716011>

\*\*\*

09.07.07 **Angebliche Gesundheitsgefahren durch Druckertoner wissenschaftlich nicht nachweisbar - Verband der Betriebs- und Werksärzte (VDBW) warnt vor Panikmache**

Karlsruhe (ots) - Die Diskussion um die angeblich von Laserdruckern ausgehenden Gesundheitsgefahren ist übertrieben und entbehrt einer wissenschaftlichen Grundlage. Zu diesem Ergebnis kam ein Forschungsprojekt des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitssicherheit in Zusammenarbeit mit dem Institut für Hygiene und Arbeitsmedizin am Universitätsklinikum Essen.

Dabei wurden je drei gängige Farbdrucker- und Kopierer der Marken Canon, Minolta, Ricoh und Xerox in einer wissenschaftlichen Versuchsanordnung auf ihre Gesundheitsgefährdung hin untersucht. In einer luftdicht abgeschlossenen Kammer wurden die Staub- und Gasemissionen gemessen. Resultat: Von keinem der Geräte geht eine Gefahr für den Benutzer aus. "Die in den Medien zitierten Studien zum Nachweis von Gesundheitsgefahren entbehren einer arbeitsmedizinischen Grundlage und basieren auf Einzelfallmessungen. Allerdings ist der sachgemäße Umgang mit den Arbeitsgeräten die Grundlage für einen gefahrlosen Büroalltag,\* sagt Dr. Peter Egler, Facharzt für Arbeitsmedizin und Präsidiumsmitglied im Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte (VDBW).

Dr. Egler weiter: "Wir erhalten zurzeit gehäuft Anfragen von um ihre Gesundheit besorgten Büroangestellten. Einige klagen auch über eine gesundheitliche Beeinträchtigung unter anderem im Bereich der Atemwege und Lungen sowie Augenreizungen." Diese Krankheitsbilder stehen nicht nachweislich in Zusammenhang mit Laserdruckern- oder Kopierern. Eine durch den Betriebsarzt durchgeführte Messung der individuellen Umweltbelastung am Arbeitsplatz kann in diesen Fällen zur Klärung des Krankheitsauslösers führen.

Um Gefahren weitgehend auszuschließen sollten allerdings einige Regeln beim Umgang mit Druckern und Kopieren beachtet werden. Tonerkartuschen müssen immer komplett ausgewechselt werden. Wenn Tonerpulver verschüttet wurde, sollte es umgehend mit einem feuchten Tuch aufgenommen werden. Die Kartuschen dürfen nicht gewaltsam geöffnet werden und sollten für Kinder unzugänglich aufbewahrt werden. Grundsätzlich gilt: Die Hinweise der Hersteller in den Produktunterlagen bezüglich der Aufstellung und Wartung der Geräte und des Umgangs mit Toner sind zu beachten.

Originaltext: Verband der Betriebs- und Werksärzte (VDBW) e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=67291>

Anmerkung Scherrmann:

Ich kopiere immer wieder Pressemitteilungen von "offizieller Seite", um daran klarzumachen, wie diese Seite argumentiert. Auch hier zeigt sich: viele "offizielle" Formulierungen bzgl. möglicher Gesundheitsgefahren durch Schadstoffbelastungen sind fast gleichlautend und austauschbar:

"Angebliche Gesundheitsgefahren", die "Warnung vor Panikmache" und Sätze wie "Die Diskussion um die angeblich vom Gerät X ausgehenden Gesundheitsgefahren ist übertrieben und entbehrt einer wissenschaftlichen Grundlage." sind Standardformulierungen.

So wird der Alleinanspruch der richtigen Beurteilung gegenüber Politik, Behörden, Ärzteschaft, Gerichten und Bevölkerung institutionalisiert. Jegliche Kritik von WissenschaftlerInnen, die andere Fragen stellen und zu anderen Ergebnissen kommen, wird als unwissenschaftlich abgetan.

Es wird selten diskutiert,

- dass "die Wissenschaft" nie eindeutig ist,

- dass sie - je nach Fragestellung - zu unterschiedlichen Ergebnissen, Erkenntnissen, Bewertungen kommt,

- dass direkte oder indirekte Vorgaben durch den Auftraggeber und/oder Sponsoren, Abhängigkeiten unterschiedlichster Art, Vorgaben, Studiendesign, somit auch Ergebnisse stark beeinflussen können.

Speziell beim vorliegenden Beispiel Toner stellt sich zudem u. a. die Frage, in wieweit der "unsachgemäße Umgang" der Normalfall ist.

=====

## CHEMIAKLIE - TABAK

3. 08. 2007 vom Bundesministerium für Gesundheit

**Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens tritt zum 1. September 2007 in Kraft**

Das „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens“ tritt zum 1. September 2007 in Kraft. Die Beschäftigten in Bundesbehörden und die Fahrgäste im öffentlichen Personenverkehr haben damit einen gesetzlichen Anspruch auf den Schutz vor Passivrauchen. Zugleich wird die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren an Jugendliche von 16 auf 18 Jahre erhöht.

Dazu erklärt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: „Für den Nichtraucherenschutz bricht eine neue Zeit an. Passivrauchen in Bundesbehörden und öffentlichen Verkehrsmitteln gehört ab 1. September der Vergangenheit an. Mit diesem Gesetz setzt der Bund ein klares Signal für einen konsequenten Gesundheitsschutz. Es ist nun wichtig, dass alle Länder diesem Beispiel folgen und möglichst wenig Ausnahmen in ihren Ländergesetzen zulassen.“

Zu den öffentlichen Einrichtungen der Bundesverwaltung, die von dem grundsätzlichen Rauchverbot betroffen sind, gehören Behörden, Dienststellen, Gerichte und sonstige öffentliche Einrichtungen des Bundes sowie bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen. Auch Bundestag, Bundesrat, Bundespräsidialamt und Bundesverfassungsgericht fallen unter das Gesetz.

Das grundsätzliche Rauchverbot im öffentlichen Personenverkehr betrifft alle öffentlichen Verkehrsmittel, wie Busse, Bahnen, aber auch Taxen.

Zu der Heraufsetzung des Abgabalters für Tabakwaren erklärt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: „Wer in jungen Jahren nicht mit dem Rauchen beginnt, bleibt auch später mit großer Wahrscheinlichkeit Nichtraucher. Deshalb ist es so wichtig, dass Kinder und Jugendliche von der Zigarette fern gehalten werden. Tabakwaren dürfen jetzt nicht mehr an Minderjährige verkauft werden. Ich freue mich, dass zunehmend mehr Jugendliche erkannt haben, dass Nichtrauchen die richtige Entscheidung ist. Die Raucherquote bei den 12- bis 17-Jährigen ist von 28 Prozent im Jahr 2001 auf 18 Prozent im Jahr 2007 zurückgegangen.“

Weitere Informationen zum Nichtrauchererschutz finden Sie in den Fragen und Antworten im Internet unter: [http://www.bmg.bund.de/cln\\_041/nn\\_604822/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Tabak/FAQ-Nichtraucherschutz.html](http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_604822/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Tabak/FAQ-Nichtraucherschutz.html)

Auf der angegebenen Website zur Frage: "Stimmt es, dass bis zu 1000 Euro Bußgeld verhängt werden können?" Finden Sie:

"Wer künftig in öffentlichen Behörden des Bundes oder in Verkehrsmitteln raucht, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Es gilt der Bußgeldrahmen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, der für vergleichbare Fälle eine Höhe zwischen 5 und 1000 Euro festlegt. Im Übrigen gilt bei einer Ordnungswidrigkeit das Opportunitätsprinzip, d. h. es muss nicht, kann aber sanktioniert werden. Ermessensmaßstab sind stets die Umstände des Einzelfalls. Die Höhe des Bußgelds hängt von der Schwere der Ordnungswidrigkeit ab. Dabei spielt u. a. eine Rolle, ob ein erstmaliger oder ein wiederholter Verstoß vorliegt."

[http://www.bmg.bund.de/cln\\_041/nn\\_604822/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Tabak/FAQ-Nichtraucherchutz,param=Links.html#doc1099100bodyText6](http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_604822/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Tabak/FAQ-Nichtraucherchutz,param=Links.html#doc1099100bodyText6)

Anmerkung Scherrmann:

Auch wenn Bundesbehörden und öffentliche Verkehrsmittel nur einen geringen Anteil am Gesamtterrain für RaucherInnen darstellen, ist mit diesem Gesetz immerhin ein weiteres Zeichen gesetzt. Auf die Statistiken, wie oft und wie viel für diese Ordnungswidrigkeit kassiert wird, wie oft überhaupt "nicht sanktioniert" wird, und ob ein Rückgang des Tabakkonsums messbar sein wird, bin ich jetzt schon neugierig.

\*\*\*

### **Jedes zweite Kind lebt in Raucher-Haushalt**

Neue Daten des Kinder-Umwelt-Surveys verdeutlichen die gesundheitliche Belastung des Nachwuchses durch Gifte, Passivrauchen und Lärm. Das hat das Umweltbundesamt (UBA) in seinem neuen Jahresbericht betont.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=461683,5264,/medizin/umweltmedizin>

=====

## **CHEMIKALIEN - WEICHMACHER**

### **30.08.2007 Umweltbundesamt und BUND fordern Abkehr von Weichmachern**

Berlin – Experten des Umweltbundesamtes (UBA) und der Umweltschutzorganisation BUND haben einen Ausstieg der Industrie aus der Verwendung gängiger Weichmacher gefordert. Die vor allem in PVC-Produkten vorkommenden Weichmacher „greifen in die Entwicklungsprozesse im Menschen ein, besonders bei Föten und kleinen Kindern“, sagte BUND-Expertin Patricia Cameron am Donnerstag. Die Hinweise auf davon ausgehende Gefahren nähmen ständig zu. Deshalb sei eine Abkehr vom Weich-PVC nötig. Mehr unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=29640>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pdf/pd07-003.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/weichmacher.pdf>

=====

## **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

Von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog übersandt. Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

### **Mobilfunk: Strahlen, Handy**

<http://omega.twoday.net/stories/4222997/>

**Indien: Gesetze sollen Kinder künftig von Handynutzung fernhalten.** Laut einer Pressenachricht in der Zeitschrift "Economic Times", Indien, sehen im Entwurf vorliegende Richtlinien, die vom indischen Telecom Engineering Centre unter Berücksichtigung des Department of Telecom vorgeschlagen wurden, unter anderem vor, dass Kinder unter 16 Jahren davon abgehalten werden sollen, Mobiltelefone zu benutzen. In dem Entwurf wird darauf hingewiesen, dass Telefone und Basisstationen, wie sie von den Netzbetreibern genutzt werden, Energie abstrahlen, welche das Gewebe erwärme und möglicherweise schädlich für Menschen, insbesondere Kinder, sein könne. <http://tinyurl.com/2hqhxg>

### **Kanada: Regeln zu Umwelt-Empfindlichkeit**

Die kanadische Menschenrechtskommission (Canadian Human Rights Commission, CHCR) hat ihre Politik hinsichtlich umweltbedingter Empfindlichkeiten kundgetan. Die Motivation für diese Politik wird auf der CHCR-Webseite zusammen gefasst. "Menschen mit Umweltempfindlichkeit erfahren eine Reihe von nachteiligen Reaktionen auf Umweltagenzien in Konzentrationen, die beträchtlich unter denjenigen liegen, die den "Durchschnittsmenschen" beeinträchtigen können. Diese medizinische Gegebenheit ist eine Behinderung und denjenigen, die mit einer Umweltempfindlichkeit leben, steht der Schutz der kanadischen Menschenrechtsgesetze zu, welche Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung untersagen. Die kanadische Menschenrechtskommission wird jede Anfrage entgegen nehmen und jeder Beschwerde nachgehen von jedem Menschen, der meint, aufgrund einer Umweltempfindlichkeit diskriminiert worden zu sein. Wie andere Menschen mit Behinderungen sind auch diejenigen, die unter einer Umweltempfindlichkeit leiden, vom Gesetzgeber gehalten, sich einzugliedern."

[http://www.chrc-ccdp.ca/legislation\\_policies/policy\\_environ\\_politiqû-en.asp?lang\\_update=1](http://www.chrc-ccdp.ca/legislation_policies/policy_environ_politiqû-en.asp?lang_update=1)

\*\*\*

Von Akut ( Luxemburg ) übermittelt:

### **Kritik an industriefreundlicher TV - Sendung**

Unterzeichnet ist die Beschwerde von Prof. Dr. med. K. Hecht, Dr. med. M. Kern, Prof. Dr. K. Richter und Dr. med. H. Scheiner im Auftrag der Kompetenzinitiative, deren der Beschwerde beigefügte Untersuchung „Elektrosensibilität – Zwischen industriegefälliger ‚Aufklärung‘ und dem tatsächlichen Stand des Wissens“ man unter [www.kompetenzinitiative.de](http://www.kompetenzinitiative.de) findet. Hier auch mehr Informationen zu deren „Projekt Medienkultur“. (PK)

Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11407>

Mehr siehe auch unter [www.akut.lu](http://www.akut.lu) , <http://www.diagnose-funk.ch/>

\*

**Mobilfunkmast auf dem Dach: Alle Hauseigentümer müssen zustimmen** von dpa 08.08.2007. Auf dem Dach eines Mehrfamilienhauses darf eine Mobilfunkanlage nur dann errichtet werden, wenn alle Wohnungseigentümer zustimmen. Das berichtet die in Köln erscheinende "Monatsschrift für Deutsches Recht" (Ausgabe 12/2007) unter Berufung auf einen Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) München.

[http://www.pcwelt.de/start/mobility\\_handy\\_pda/handy/news/90099/](http://www.pcwelt.de/start/mobility_handy_pda/handy/news/90099/)

\*

### **20-07-2007 HNA Kosten zur Abwehr von Mobilfunkstrahlen sind absetzbar**

München/Würzburg (dpa/tmn) - Aufwendungen zur Abwehr von Mobilfunkstrahlen können bei der Steuer nur dann geltend gemacht werden, wenn eine konkrete Gesundheitsgefährdung besteht. Das meldet das Institut für Wirtschaftspublizistik (IWW) in Würzburg.

Diese müsse vor Beginn von Abwehrmaßnahmen durch ein amtliches Gutachten belegt werden. Das Institut bezieht sich dabei auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs in München hervor (Az.: III B 137/06).

Eine «konkrete Gesundheitsgefährdung» liege zum Beispiel vor, wenn die gesetzlichen Grenzwerte überschritten werden. Liegen die Werte darunter, müsse ein amtsärztliches Gutachten bestätigen, dass die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Mobilfunkstrahlen verursacht worden sind.

\*\*\*

### **31.Aug 2007 Renommierete Wissenschaftler schlagen bezüglich EMF- und HF-Emissionsgefahren Alarm**

Albany, New York (ots/PRNewswire) - Eine internationale Arbeitsgruppe renommierter Wissenschaftler, Forscher und Gesundheitspolitik-Experten (The BioInitiative Working Group) hat ihren Bericht über den Einfluss elektromagnetischer Felder (EMFs) auf die Gesundheit veröffentlicht. Der Bericht äußert schwere Bedenken zur Sicherheit von existierenden öffentlichen Grenzwerten, die

regulieren, wie viel EMF von Stromleitungen, Handys und vielen anderen Quellen der EMF-Belastung im täglichen Leben zulässig ist.

Der Bericht trägt die wissenschaftlichen Beweise zusammen, die Bedenken über den Einfluss auf die Gesundheit von Menschen erheben, einschließlich Kinderleukämie (von Stromleitungen und anderen elektrischen Emissionen), Gehirntumoren und Akustikusneurinomen (von Handys und schnurlosen Telefonen) sowie Alzheimerkrankheit. Es liegen Beweise vor, dass EMFs ein Risikofaktor für Krebs sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen sind. EMFs von Quellen wie Starkstromleitungen, elektrischen Gebäudeverdrahtungen sowie Erdungsvorrichtungen von Gebäuden und Geräten werden mit erhöhten Risiken von Kinderleukämie in Zusammenhang gebracht und können später im Leben die Weichen für Krebs bei Erwachsenen stellen.

Der Bericht der BioInitiative ([www.bioinitiative.org](http://www.bioinitiative.org)), der am Freitag, den 31. August 2007 veröffentlicht werden wird, dokumentiert die wissenschaftlichen Beweise dafür, dass EMF-Emissionen von Stromleitungen jedes Jahr für Hunderte neuer Fälle von Kinderleukämie in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern der Welt verantwortlich sind.

Wireless-Technologien, die Hochfrequenzstrahlung (HF) zum Versenden von E-Mail-Nachrichten und Sprachkommunikation verwenden, sind tausende Male stärker als die Pegel, die Berichten zufolge Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Gedächtnis- und Konzentrationsprobleme sowie andere gesundheitsschädigende Symptome verursachen.

Der Gesundheitspolitik Experte und Mitherausgeber des Berichts, Dr. David O. Carpenter, Direktor am Institute for Health and the Environment der University of Albany im US-Bundesstaat New York, erklärte:

Dieser Bericht sendet eine Warnung, dass die langfristige Belastung durch bestimmte Arten von EMFs starke negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann. Daher ist nun eine sorgfältige Planung der öffentlichen Gesundheit gefordert, um Krebs und neurologische Erkrankungen zu verhindern, die mit den Emissionen von Stromleitungen und anderen EMF-Quellen in Zusammenhang gebracht werden. Wir müssen die Öffentlichkeit und unsere Entscheidungsträger darüber aufklären, dass es nicht wie gewohnt weitergehen kann.

Mitherausgeber Cindy Sage von Sage Associates bestätigte:

Experten für Gesundheitspolitik und EMF-Richtlinien haben nun ihre Einschätzung der Beweislast vorgelegt. Die existierenden FCC- und internationalen Emissionsgrenzwerte für EMF- und HF-Strahlung in der Öffentlichkeit und im Arbeitsumfeld schützen die öffentliche Gesundheit nicht in ausreichendem Masse.

Basierend auf der Gesamtlast der Beweise sind neue Grenzwerte für die öffentliche Sicherheit und Beschränkungen der weiteren Entwicklung von risikoreichen Technologien angebracht.

Webseite: [www.bioinitiative.org](http://www.bioinitiative.org)

\*\*\*

1.08.2007 Aus dem Bundestag:

### **Grenzwerte schützen vor Gefahren durch elektromagnetische Felder"**

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/VOM) Die in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern geltenden Grenzwerte schützen nach Auffassung der Bundesregierung die Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Felder. Dies unterstreicht die Regierung in ihrer Antwort (16/6133 <http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606133.pdf>) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/6020 <http://dip.bundestag.de/btd/16/060/1606020.pdf>).

Vorliegende neuere Forschungsergebnisse stünden dazu nicht im Widerspruch. Die Bundesregierung will nach Abschluss und Bewertung des deutschen Mobilfunkforschungsprogramms entscheiden, ob die Grenzwerte verändert werden müssen.

Zufrieden zeigt sie sich mit der Umsetzung einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, den Kommunen mehr Mitsprache bei der Mobilfunkplanung einzuräumen und die

Planung und Aufstellung von Mobilfunkmasten gemeinsam mit den Kommunen vorzunehmen. Die Umsetzung der Selbstverpflichtung muss aus Sicht der Regierung aber in einigen Punkten verbessert werden. So müsse in den Verkaufsstellen besser über die Bedeutung und Höhe des so genannten SAR-Werts von Handys, der das Maß für die Absorption von elektronmagnetischen Feldern in biologischem Gewebe angibt, informiert werden. Die Handys sollten auch mit dem SAR-Wert gekennzeichnet sein und die Marktanteile strahlungsarmer Handys sollten steigen. Zudem sollten Bürger und Kommunen besser über die Wahl des Standorts für die Mobilfunkantennen informiert werden. Bei einer repräsentativen Umfrage unter 200 Kommunen hätten 2005 lediglich fünf Prozent der Kommunen angegeben, dass der Anteil konfliktbelasteter Entscheidungsfälle bei der Aufstellung von Mobilfunkmasten hoch sei. Bei nur zwei Prozent der Kommunen seien alle Fälle konfliktbehaftet gewesen.

Bei etwa neun Prozent aller Kommunen habe es der Umfrage zufolge einen "mittleren Anteil" an konfliktbelasteten Entscheidungsfällen gegeben.

Anmerkung Scherrmann:

Ich denke, bei den "konfliktbelasteten" Fällen haben sich BürgerInnen in das Thema eingelese und kundig gemacht. Dass das von den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht geleistet werden kann, ist verständlich. Dass es in fast jeder 10. Kommune Akzeptanzprobleme gab, halte ich für einen hohen Prozentsatz, und Anlass dafür, dass Behörden ihr Tun, ihre Bewertungen, ihre Grenzwertpolitik in Frage stellen.

Auch hier gilt das gleiche wie oben (unter CHEMIKALIEN-FEINSTAUB): Bei der Beurteilung eines Risikos ist es unabdingbar, genau zu eruieren, welche Abhängigkeiten diese Beurteilung beeinflussten und beeinflussen, denn es kann davon ausgegangen werden, dass gilt: Je größer der Einfluss der Industrie, je eher werden Risiken, die durch diese Industrie verursacht werden, unterschätzt und kleingeredet. (siehe auch nächster Eintrag)

\*\*\*

#### 04.Sep 2007 **FMK-Maier: Mobilfunk verursacht keine Zellschäden**

Utl.: Deutsches Mobilfunkforschungsprogramm untersuchte Wirkungsmechanismen an Zellen  
Wien (OTS) - Ein Vorwurf gegenüber Mobilfunk besteht darin, dass durch die eingesetzten, hochfrequenten elektromagnetischen Felder Zellveränderungen auftreten, die zu einem erhöhten Tumorrisiko führen können. Das Projekt "Wirkungsmechanismen an Zellen unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunktechnologie", im Rahmen des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms, ging dieser Frage nach und stellte fest: Es ergaben sich keine Hinweise auf eine Beeinflussung von Zellvermehrung, Lebensfähigkeit, Zellzyklus und Apoptose ("programmierter Zelltod") sowie auf Auslösen von Stressproteinen durch Mobilfunk. ....

Link: Abschlussbericht und weitere Informationen unter: [www.emf-forschungsprogramm.de/](http://www.emf-forschungsprogramm.de/)

FMK- Forum Mobilkommunikation: Die freiwillige Brancheninitiative FMK ist Ihr Ansprechpartner bei allen Fragen zu Mobilkommunikation und der Mobilfunk-Infrastruktur. Das FMK vermittelt zwischen Betreibern und Gemeinden, um gemeinsame Lösungen zu finden. Wir liefern Ihnen Zahlen, Daten und Fakten, damit Sie sich Ihre persönliche Meinung über Mobilfunk bilden können. Alcatel-Lucent, Ericsson, FEEI, Hutchison 3G Austria, Kapsch Carrier Com, mobilkom austria, Motorola, Nokia, One, Siemens und T-Mobile sind Mitglieder im FMK.

Rückfragehinweis: Michael Buchner Pressesprecher Forum Mobilkommunikation Internet:  
[www.fmk.at](http://www.fmk.at)

Anmerkung Scherrmann:

siehe oben. Eines der vielen Beispiele, bei denen eigentlich für alle denkenden BürgerInnen klar sein sollte, dass mal wieder der Bock zum Gärtner gemacht wurde.

=====

## **ENERGIE**

### 23.07.2007 **Umweltkiller Biosprit**

München (ots) - Die Welt ist gierig nach Biosprit. Politiker und Autobauer wollen damit Erdöl

ersetzen und das Klima schützen. Doch für den Treibstoff vom Acker, werden nicht nur Regenwälder gerodet, es landen auch Nahrungsmittel direkt im Tank, berichtet die Zeitschrift natur+kosmos in ihrer August-Ausgabe (Erscheinungsdatum 21.08.2007).

Ein Beispiel zeigt das besonders drastisch: Füllt man den 100-Liter-Tank eines Autos mit Ethanol, so braucht man dafür eine Getreidemenge, die ausreicht, um einen Menschen ein ganzes Jahr lang zu ernähren. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage ist der Maispreis an der Chicagoer Warenbörse binnen eines Jahres bereits um 100 Prozent in die Höhe geschneit. Der für Weizen stieg im gleichen Zeitraum um ein Drittel, der für Soja um ein Viertel. Die Folge: Nahrungsmittel werden für die rund drei Milliarden Menschen, die von weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen, unbezahlbar. Zudem bedeutet ein hoher Sojapreis - und vergleichbar teures Palmöl -, dass die Versuchung steigt, den verbliebenen Regenwald auch noch zu fällen. Für neue Palmöplantagen sind in den letzten Jahren in Indonesien bereits fünf Millionen Hektar Tropenwald gerodet worden. In Malaysia sind solche Plantagen seit 1985 für 87 Prozent aller Waldverluste verantwortlich.

Und auch bei uns leidet die Natur: Der steigende Spritpreis lässt selbst jene Flächen wieder rentabel erscheinen, die bislang Wachtelkönigen und Schmetterlingen vorbehalten waren. Auf bislang brach liegenden Sandböden wird verstärkt Mais angebaut - eine der umweltschädlichsten Kulturen überhaupt. Sie braucht enorm viel Dünger und Spritzmittel. Einen Königsweg aus dem Dilemma gibt es nicht. Aber ein wichtiger Schritt wären schon kleinere und effizientere Autos, schreibt natur+kosmos. Zurzeit ist die Transportbilanz eines PKWs derart katastrophal, dass oft nur 0,2 Prozent, der im Treibstoff enthaltenen Energie dem eigentlichen Transportziel dienen: den Fahrer von A nach B zu bringen.

Originaltext: natur+kosmos

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=43097>

Anmerkung Scherrmann:

Auch hier zeigt sich, dass genau hingeschaut werden muss, und Biosprit nicht "per se" positiv zu bewerten ist.

=====

## **GENMODIFIZIERTES SAATGUT**

Zur Info über den "Stand im Bundestag": 28.07.2007

### **24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefördert**

Bildung und Forschung/Antwort

Berlin: (hib/BOB) Derzeit werden 24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen mit Bundesmitteln gefördert. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/6208

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606208.pdf> ) auf eine Kleine Anfrage der Grünen (16/6015

<http://dip.bundestag.de/btd/16/060/1606015.pdf> ) mit. Die Regierung ist sich im Übrigen der Bedeutung von Forschungsprojekten zu den Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen auf Mensch und Umwelt im Rahmen der biologischen Sicherheitsforschung bewusst. Sie ist aber auch der Auffassung, eine unabhängige Berichterstattung über die Ergebnisse der biologischen Sicherheitsforschung gewährleisten zu müssen, dass sich die Menschen in Deutschland unvoreingenommen über Chancen und Risiken der Gentechnik informieren können. Damit würde sichergestellt, dass sie in eigener Verantwortung über deren Akzeptanz entscheiden. Nicht kommentieren will die Regierung Äußerungen des Direktors des Max-Planck-Instituts, Professor Heinz Saedler, der in einer Anzeigenkampagne der Chemie-Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH beklagte habe, dass die restriktive Genehmigungspraxis für Freisetzungsversuche das Institut daran hindern würde, gentechnisch veränderte Pflanzen zu entwickeln.

\*\*\*

### **24.07.07 Bauernverband rät weiterhin vom GVO-Anbau ab - Gentechnik-Novelle trägt nicht zur Lösung der Haftungsfrage bei**

Berlin (ots) - "Auch nach dem neuen Entwurf zum Gentechnik-Gesetz bleiben wir aufgrund der

unveränderten Haftungsregelungen dabei, vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen abzuraten". Dies erklärte der Deutsche Bauernverband (DBV), nachdem Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer am 24. Juli 2007 auf einer Pressekonferenz in Berlin über die wichtigsten Inhalte des geplanten Gesetzes informiert hatte.

Der DBV erneuerte seine Position, dass für ihn bei der Anwendung der Grünen Gentechnik die Koexistenz aller Anbauformen absolute Priorität besitzt. Mit der Vorlage eines Verordnungsentwurfes zur guten fachlichen Praxis beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen kommt der Gesetzgeber endlich einer lange vorgetragenen Forderung des Deutschen Bauernverbandes nach. Durch die Festlegung kulturspezifischer Anbauregeln müsse eine Beeinträchtigung benachbarter Landwirte ausgeschlossen werden, dabei sollten die Anbauabstände gemäß wissenschaftlichen Erkenntnissen auch aus der deutschen Sicherheitsforschung definiert und kontinuierlich überprüft werden. Aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes ist es erforderlich, für alle Bewirtschaftungsformen zu einheitlichen Abständen zu gelangen.

Kritisch beurteilt der DBV, dass die angekündigte Präzisierung der verschuldensunabhängigen Haftungsregelung im Gentechnikgesetz unterbleiben soll. Damit wird weder den Landwirten noch der Versicherungswirtschaft eine ausreichende Grundlage für die Kalkulierbarkeit möglicher Haftungsrisiken gewährt. Wer die gute fachliche Praxis einhalte, dürfe nicht mit Haftungsrisiken belastet werden. Ebenso müssten Landwirte, die keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauten, bei möglichen Schäden unbürokratisch und ohne Ausfallrisiko entschädigt werden. Nach Ansicht des DBV können diese Ziele für verbleibende Restrisiken jenseits der verschuldensabhängigen Haftung weiterhin nur umfassend durch einen Haftungsfonds erreicht werden, der von den Saat- und Pflanzgut liefernden Unternehmen wie auch von Landwirten, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, gespeist werden müsse. Alternative freiwillige Angebote der Saat- und Pflanzgutwirtschaft seien nur dann akzeptabel, wenn sie ebenfalls einen belastbaren Anspruch für den geschädigten Landwirt sicherstellen.

Originaltext: Deutscher Bauernverband (DBV)  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6599>

\*\*\*

**EU-Bevölkerung beeinflusst Gentechnik** Nationale Anti-Gentechnik-Bewegungen tragen zur Demokratisierung der EU bei. Dies zeigt ein kürzlich abgeschlossenes Projekt des Wissenschaftsfonds FWF unter der Leitung eines unabhängigen Forschers. Den Ergebnissen zufolge erfolgen nationale Mobilisierungen der Bevölkerung nahezu zeitgleich und verstärken so öffentlichen Protest auf europäischer Ebene.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/15841.html>

### **Gentechnikgesetz bleibt umstritten**

Das Bundeskabinett hat dem Entwurf zur Neufassung des Gentechnikgesetzes zugestimmt. Die Entscheidung ändert an der bisherigen Rechtslage aber nur einige wenige, wenn auch wichtige Details. So wird erstmals ein Mindestabstand zwischen Feldern mit Gentech-Mais und den Anbauflächen für konventionelle Pflanzen festgelegt. Das Gesetz aber ist umstritten. Umweltschützer halten es gar für unverantwortlich.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/15810.html>

\*\*\*

Aus dem EU-Verbraucherinfo:

### **Gen-Mais MON863: Neu EFSA-Studie beschönigt Gesundheitsrisiken**

Die neue "Unbedenklichkeitsstudie" der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA für den Gen-Mais MON863 ist eine Dreistigkeit. Nachdem die EFSA nun wochenlang Zeit gehabt hat für ihre Stellungnahme hat sie sie erst zur Sitzung der EU-Umweltminister vorgestellt, offenbar um eine Debatte zu vermeiden. Die Studie ist ein Schlag ins Gesicht der Verbraucher und tritt das Vorsorgeprinzip mit Füßen. Trotz der eindrücklichen Warnungen der unabhängigen Studie französischer Wissenschaftler hält die EFSA offenbar aus Gründen der Gesichtswahrung an ihrem Persilschein fest und stützt sich wie bei vorangegangenen Analysen nur auf die Daten von Monsanto. Die französische Expertengruppe CRIIGEN hatte kürzlich nachgewiesen, dass ein hohes Gesundheitsrisiko für den in der EU seit Januar 2006 als Lebens- und Futtermittel zugelassenen Gen-Mais besteht. In Fütterungsversuchen mit Ratten kam es zu Vergiftungssymptomen und



Schädigungen von Leber und Nieren. ...  
[www.hiltrud-breyer.eu](http://www.hiltrud-breyer.eu)

Ergebnisse der CRII GEN Studie: [www.criigen.org](http://www.criigen.org)  
Hintergrund zu MON863 von Greenpeace: [www.greenpeace.de/themen/gentechnik](http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik)

\*\*\*

**Genfood-Dossier** in *Schrot & Korn* in Heft 9/2007, kostenlos, in Naturkostläden, ...oder per internet:  
[Gesundheitsgefahr durch Agro-Gentechnik?](#)  
[Spart Agro-Gentechnik Pestizide ein?](#)  
[Schafft Agro-Gentechnik Arbeitsplätze?](#)  
[Ausbreitung von transgenen Pflanzen – kontrollierbar?](#)  
[Agro-Gentechnik gegen Hunger und Mangel?](#)  
[Keine Haftung für Agro-Gentechnik?](#)  
[Was das neu Gentechnikgesetz erfüllen muss, wer darüber entscheidet und wie Sie darauf Einfluss nehmen können.](#)

<http://www.genfoodneindanke.de/dossier/index.html>

=====

## KINDER

Vom Umweltbundesamt: 28.08.2007

### **Ärmere Kinder durch Blei belastet, reichere Kinder durch Lösemittel**

Berlin – Kinder aus ärmeren Familien werden durch andere Umweltgifte belastet als der Nachwuchs höherer sozialer Schichten: „Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sind mehr durch Passivrauchen und durch Blei belastet“, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Andreas Troge, am Dienstag bei der Vorstellung des UBA-Jahresberichts 2006 in Berlin, den er zusammen mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) präsentierte. Kinder aus Familien mit höherem Sozialstatus seien dafür ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=23434>  
Kurzfassung vom UBA: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/kus-ib2006.pdf>  
Seite 9: 5. Zusammenfassung und Ausblick:

Der Kinder-Umwelt-Survey ist der erste in Europa. Er liefert wichtige Erkenntnisse über die Umweltbelastung von Kindern und über künftige Herausforderungen zur Bewertung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen so wie zur Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu einer sauberen Umwelt für alle in Deutschland lebenden Kinder. Das UBA wird die Daten weiter auswerten und die Ergebnisse weiterhin kontinuierlich der allgemeinen und der Fachöffentlichkeit vorstellen.

Langfassung zum kostenlosen downloaden: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3257.pdf>

Anmerkung Scherrmann: Nun werden wohl weiterhin jahrelang weitere Daten gemessen und ausgewertet. Wann folgen politische Konsequenzen?

=====

## KRANKHEIT - MCS

Ingrid Scherrmann

### **Die Verwendung des Begriff "MCS" und die Auswirkungen der vorhandenen Definitionen in Deutschland**

Da von den USA ausgehend mal wieder die Diskussion aufbrandet, ob und wie der Begriff MCS verwendet wird, einige Gedanken dazu.

Dabei geht es mir vorrangig darum, kurz zu skizzieren, was nach meiner Erfahrung im deutschsprachigen Raum mehrheitlich unter MCS verstanden wird und was für Folgen diese Begriffsverwendung nach sich ziehen kann.

Es gilt abzuwägen, ob die Benützung des Begriffs "MCS" letztlich der Gesundheit von MCS-Kranken

hilft oder eher schadet. Um sich für oder gegen den Begriff "MCS" entscheiden zu können, ist es also meines Erachtens unabdingbar, sich zuerst darüber Gedanken zu machen, wie er mehrheitlich zur Zeit verwendet bzw. verstanden wird. ....

Fazit: Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich die Verwendung des Begriffs "MCS" im ärztlichen und juristischen Kontext in Deutschland nicht nur für nicht richtig sondern möglicherweise sogar für lebensgefährlich.

Den ganzen Artikel finden Sie unter [http://www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/begriff\\_mcs.htm](http://www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/begriff_mcs.htm)

\*\*\*

**Fachtagung der Informationsstelle Human-Biomonitoring des GSF - Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit, Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft.** Am 27. Juli 2007 in Frankfurt; Vortrag von Prof. Eikmann : Multiple Chemical Sensitivity Syndrome (MCS)

<http://www.gsf.de/infostelle-humanbiomonitoring/pdf/GSF-MCS-Eikmann.pdf>

Weitere Infos zum Vortrag und zur eingesetzten ppt über [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org)

=====

## KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

19.07. 2007

### **PM10: Hohe Quarzstaubemissionen durch Eisenbahnen**

Der Straßenverkehr ist die am meisten diskutierte Feinstaubquelle. Eine neue Studie, so der Österreichische Verein für Kraftfahrzeugtechnik (ÖVK), belege, dass auch Schienenfahrzeuge einen bedeutenden Anteil zur Belastung durch PM10 beitragen.

<http://chemiereport.at/chemiereport/stories/6173/>

17.07.2007

### **Atherosklerose durch Feinstaub?**

Wer an stark befahrenen Straßen wohnt, bekommt eher eine Atherosklerose. Das haben Forscher der Unis Duisburg-Essen und Düsseldorf bei einer Analyse der Heinz-Nixdorf-Recall-Studie herausgefunden. <http://www.ärztezeitung.de/nel/?id=458126,5217./medizin/umweltmedizin>

12.07.2007

### **Chemikalien belasten Menschen und Tier**

Bioakkumulation von Giften hat größeren Effekt als bisher angenommen

<http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=070713029>

=====

## LÄRM

### **18.07.07 Lärmquellen & Lärmqualen / Neue Hotline gegen Lärm**

Düsseldorf (ots) -

Der Lärm ist unter den zahlreichen Umweltproblemen unserer Tage oft vernachlässigt worden, stellt aber in breiten Bevölkerungskreisen das größte Umweltproblem dar. Die Lärmberatung der Betroffenen ist eine Besonderheit weil es sich in der Regel um eine persönliche Beratung handelt, die eines besonderen Einfühlungsvermögens bedarf. Diese Lücke schließt "Der Lärmberater" mit einem offenen Ohr für Lärmprobleme. ... Neue Internet-Infos gegen Lärm unter [www.laermberater.de](http://www.laermberater.de)

Anmerkung Scherrmann:

Das noch kleine Internetportal ist nicht von einer Behörde, sondern von einer Privatperson angelegt. Also sind Anfragen auch kostenpflichtig.

Die Site <http://www.laermberater.de/0000009997810ccf33/index.html> **Lärm und Recht** gibt eine Fülle von Infos, jedoch keine Links zu den betreffenden Gesetzestexten.

=====

## RADIOAKTIVITÄT

21.07. 2007 **Kinder neben Atomkraftwerken erkranken öfter an Leukämie Meta-Analyse ergibt:**

## Krebsrisiko um 24 Prozent höher

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=070720027>

---

## RECHT - VERORDNUNGEN

Europäische Union: **Chemikalien und Gefahrstoffe**

91/414/EWG – RL **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln**

Stand: 16. August 2007 [www.UMWELTdigital.de/67470](http://www.UMWELTdigital.de/67470) (kostenpflichtig)

\*\*\*

Von Walter Keim: **Informationsrecht ist Menschenrecht**

Literatur:

1. Bericht des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg über seinen Besuch in Deutschland 9. – 11. und 15. – 20. Oktober 2006: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/Bericht-des-Menschenrechtskommissars.html>,  
[https://wcd.co.int/ViewDoc.jsp?Ref=CommDH\(2007\)14&Language=lanGerman&Ver=original&Site=CÖ&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679](https://wcd.co.int/ViewDoc.jsp?Ref=CommDH(2007)14&Language=lanGerman&Ver=original&Site=CÖ&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679)
2. Petition Menschenrechte in den bindenden Teil des Grundgesetzes aufzunehmen:  
[http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/petition\\_gg.htm](http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/petition_gg.htm)
3. Menschenrechtsverletzungen Deutschlands: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Informationsfreiheit und faires Verfahren:  
[http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/de\\_menschenrechte.htm](http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/de_menschenrechte.htm)
4. Stellungnahmen der Ministerialbürokratie und Verwaltung zur Informationsfreiheit:  
<http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/ifg-material.htm>
5. 22.12.2004: Bundestagspräsident übersandte Bundeskanzler Schröder meine Petition "zur Berücksichtigung": <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/041222btp.pdf>
6. 21.12.2003: Petition über Menschenrechtsverletzungen in Deutschland:  
[http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/petition\\_me.htm](http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/petition_me.htm)
7. ECHR Appl. No. 31583/07: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/egmr-klage-en.htm>
8. Keim v. Germany: ECHR Appl. No. 41126/05: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/echr-061101.htm>

\*\*\*

## 20.08.2007 **Asthmatiker bekommen Schmerzensgeld von Autoherstellern** **Jahrzehntelanger Rechtsstreit über Abgas-bedingte Erkrankungen beendet**

Tokio/Wien - Asthmatiker in Tokio haben im Rechtsstreit gegen die großen Autohersteller und den Staat nun Recht bekommen. Sie machen vor allem die Dieselfahrzeuge für ihre Erkrankung mitverantwortlich und hatten 1996 eine Klage beim Kreisgericht von Tokio eingebracht. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen haben sie nun 7,7 Mio. Euro von den großen Automobilherstellern Toyota, Honda und Nissan zugesprochen bekommen, berichtet Nature in seiner Online Ausgabe.

Zu den 7,7 Mio. Euro Soforthilfe werden in den kommenden fünf Jahren weitere 21 Mio. Euro für einen Gesundheitsplan hinzukommen. Die japanische Zentralregierung und die Stadtregierung von Tokio stocken den Betrag um weitere 38 Mio. Euro für medizinische Hilfsprogramme auf. Seit Jahren wissen Forscher, dass die Partikel, die vor allem von Dieselmotoren emittiert werden, zu Atemwegserkrankungen führen. Am Schlimmsten ist dies in der indonesischen Hauptstadt Djakarta, die zugleich auch eine der schmutzigsten Megastädte weltweit ist. Untersuchungen im Jahr 2002 hatten ergeben, dass die Luft derart schlecht ist, dass jährlich mehr als eine Mio. Asthmaanfälle und mehrere tausend Todesfälle zu verzeichnen waren.

Bereits 1998 hatten Forscher aus Schweden und Großbritannien nachgewiesen, dass eingeatmete Dieselabgase bei gesunden Menschen innerhalb kurzer Zeit zu akut-entzündlichen Prozessen in der Lunge führen. Das Forscherteam um Ragnberth Helleday von der Universitätsklinik in Umea hatte 15 gesunde Probanden in einer Kammer eine Stunde lang Dieselabgasen ausgesetzt. Dabei handelte es sich um Konzentrationen von 300 Mikrogramm pro Kubikmeter wie sie in Tiefgaragen, Tunneln oder an stark befahrenen Straßen auftreten. Bereits nach sechs Stunden entdeckten die Forscher Zeichen

einer akuten Entzündung: Die Zahl der Neutrophilen und Lymphozyten war bis zu dreimal höher als vor dem Versuch. Die Lungenfunktions-Parameter waren allerdings nicht verändert.

Wie dramatisch sich die Luftverschmutzung aber auf die gesamte Gesundheit der Menschen auswirkt, zeigt eine Studie der Universität Athen: Dort hatten Forscher um Evangelia Samoli und Klea Katsouyanni die Sterblichkeits- und Gesundheitsdaten von 60 Mio. Einwohnern aus insgesamt 34 Städten und Regionen Europas und Israels untersucht. Die Untersuchung ergab, dass bereits eine Erhöhung von zehn Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft mehr Menschen sterben lässt. Bei 100 Mikrogramm erhöhte sich die Sterberate um durchschnittlich vier Prozent.

Für die Wissenschaftler sind allerdings die ultrafeinen Staubpartikel, die bei jedem Verbrennungsvorgang entstehen, am schlimmsten. Das meint auch der Umwelttechniker Gerhard Fleischhacker von CEF-Austria <http://www.cefaustria.at> im presstext-Interview. Da diese Teilchen so klein sind, dass die körpereigene Abwehr sie nicht mehr wahrnehmen kann, können sie auch die Blut-Hirn-Schranke überwinden. "Einige Forscher nehmen sogar an, dass sie erbgutschädigend sind", meint Fleischhacker. Auch ein Zusammenhang mit der Entstehung von Alzheimer und Parkinson könnte vorhanden sein. "Das Gefährliche an den Partikeln ist, dass sie loses Konglomerat von Mikroteilchen sind, in denen sich Schadstoffe wie Metalle, Schwermetalle oder Gase einpacken", so Fleischhacker. Auch Bakterien oder Viren können darunter sein, erklärt der Experte. (Ende) <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=070820025>

---

## TERMINE - VERANSTALTUNGEN

### **7. Umweltmedizinische Tagung in Berlin** vom 5. - 6. Oktober 2007

Org: Bund für Umwelt und Naturschutz, Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e.V., Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin e.V., Ökologischer Ärztebund e.V., Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie e.V.

Tagungsprogramm und Anmeldeunterlagen unter <http://www.dbu-online.de/index.php?id=430>

### **Patientenforen und Öffentliche Informationsveranstaltungen** im Rahmen der 7.

Umweltmedizinischen Tagung in Berlin (kostenfrei)

Umweltforum Berlin, Tagungszentrum Auferstehungskirche, 10249 Berlin (Nähe Volkspark Friedrichshain) Mehr unter [www.umweltforum-berlin.de](http://www.umweltforum-berlin.de)

---

## TV

Frontal 21 04.09.2007 **Gift im Klassenzimmer - Experten warnen: Schulen machen krank**  
von Christian Esser und Herbert Klar

Text der Sendung: <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/21/0,1872,7001141,00.html>

Video der Sendung (kostenlos downloaden):

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/261854?inPopup=trü>

Forum zur Sendung: <http://frontal21.zdf.de/ZDFforum/ZDFde/inhalt/17/0,1872,5249297,00/F4872/>

---

## Weitere VERÖFFENTLICHUNGEN

### **20.08.07 Zorn schärft die Gedanken - Test: Studenten mit Wut im Bauch urteilten klarer**

Baierbrunn (ots) - Wut schärft das analytische Denken, zumindest solange sie nicht in hemmungslosen Zorn umschlägt, berichtet das Apothekenmagazin "Senioren Ratgeber". Das haben US-Psychologen in einem Test mit 150 Studenten herausgefunden. Die Forscher brachten einen Teil der Testteilnehmer zunächst durch scharfe Kritik in Rage.

Als die absichtlich in Wut versetzten und unbeeinflusste Studenten danach einen Text beurteilen mussten, fielen die Wütenden durch klarere Analysen auf. Damit widerlegten die Wissenschaftler das Vorurteil, dass Wut im Bauch keine klaren Gedanken zulässt.

Das Apothekenmagazin "Senioren Ratgeber" 7/2007 liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an Kunden abgegeben.

Mehr Presstexte auch online: [www.GesundheitPro.de](http://www.GesundheitPro.de) > Button Presse-Service (Fußleiste)  
Originaltext: Wort und Bild - Senioren Ratgeber

Anmerkung Scherrmann:

Umweltaktivisten und besonders Umweltaktivistinnen kennen den Vorwurf: Ihre Wut würde ihre logische Denkfähigkeit trüben. Schön, dass es mal eine Studie gibt, die dieses Vorurteil widerlegt.

---

## ZEITSCHRIFT

### Zeitschrift Umwelt-Medizin-Gesellschaft (umg)

Es sind offenbar Gerüchte im Umlauf, dass die umg ihr Erscheinen einstellen würde. Die Gerüchte bzgl. einer Einstellung der umg sind laut Erik Petersen, Redaktion umwelt-medizin-gesellschaft, falsch. Es steigen zwar zwei Patientenorganisationen aus, doch die weitere Finanzierung ist durch einen Beschluss der Verbände dbu, DGUHT, IGUMED und Ökol. Ärztebund und nicht zuletzt durch die freien Abonnenten bis auf weiteres gesichert

---

## POLITIK - BEHÖRDEN

---

### UBA - UMWELTBUNDESAMT

s.o. und 28.08.2007

Gemeinsame Presseinformation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
**Klima schützen, Ressourcen schonen, Lebensqualität verbessern**

Bundesumweltminister Gabriel und UBA-Präsident Troge stellen UBA-Jahresbericht 2006 vor

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Prof. Dr. Andreas Troge stellten heute den UBA-Jahresbericht 2006 vor. „Der Klimaschutz steht als zentrale Zukunftsaufgabe im Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung. Aber auch Themen wie der Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Schäden durch Umweltbelastungen und der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen bleiben wichtig“, sagte Sigmar Gabriel. In der vergangenen Woche habe die Bundesregierung mit der Verabschiedung des Klimaschutz-Paketes die Weichen richtig gestellt, so Gabriel. „Jetzt gilt es entschieden und schnell zu handeln. Denn wir haben keine Zeit zu verlieren.“ Das Umweltbundesamt unterstützt mit seinen Aktivitäten maßgeblich die Umsetzung des ehrgeizigen Klimaschutzprogramms.

Natürliche Ressourcen zu schonen, bildet einen Schwerpunkt des UBA-Jahresberichtes. Große Einsparpotentiale schlummern hier nach Meinung des UBA im Abfall. „Anstatt die knapper werdenden Vorräte an Gas, Öl oder Kohle zu verfeuern, sollten wir einen größeren Teil unseres Energiebedarfs auch aus Abfällen decken“, sagte UBA-Präsident Troge. Allein mit einer optimierten Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe und Bioabfälle, beispielsweise aus privaten Haushalten sowie Gülle und Stroh lassen sich jährlich rund 15 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten einsparen. Weitere drei Millionen ließen sich mit den bestehenden Hausmüllverbrennungsanlagen bei verbesserten Möglichkeiten zur Wärmenutzung erzielen. Allein zwischen 1990 und 2005 trug die Abfallwirtschaft in Deutschland mit rund 46 Millionen Jahrestonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zur Emissionsminderung mit rund einem Fünftel zu der in diesem Zeitraum erreichten Gesamtreduktion bei.

„Eine intakte Umwelt ist die beste Gesundheitsvorsorge. Wir schützen Luft, Wasser, Boden und andere natürliche Ressourcen nicht allein um ihrer selbst willen, sondern weil sie Lebensgrundlage für uns Menschen sind“, sagte Prof. Dr. Andreas Troge. Er stellte zentrale Ergebnisse einer deutschlandweiten Erhebung zur Umweltbelastung 3- bis 14-jähriger Kinder vor. Die Daten des über drei Jahre laufenden Kinder-Umwelt-Survey liefern erstmals repräsentative Aussagen über die Schadstoffbelastung der Kinder in Deutschland. Überraschend ist das Ergebnis, dass weiterhin die Belastung der Kinder mit Schimmelpilzen steigt, acht Prozent der Kinder weisen Sensibilisierungen gegen Innenraum-Schimmelpilzen auf. Bei allen untersuchten Kindern fanden sich zudem schon seit Jahrzehnten in Anwendung und Herstellung verbotene Stoffe, wie das giftige Pflanzenschutzmittel

DDT. Auch so genannte Weichmacher für Kunststoffe waren im Urin aller untersuchten Kinder nachweisbar. Auffallend ist zudem, dass 14 Prozent der Kinder eine Gehörschädigung aufweisen, sechs Prozent fühlen sich laut Angaben der Eltern vom Straßen- und Fluglärm gestört. UBA-Präsident Troge: „Der Straßenverkehr ist eine dominierende Geräuschquelle, und seine negativen Auswirkungen dürfen wir nicht unterschätzen. Lärm wirkt auf den ganzen Organismus und begünstigt Schlaf-, Konzentrations- und Stoffwechselstörungen sowie Bluthochdruck und Herzkrankheiten, einschließlich des Herzinfarkts.“

Ein weiteres Thema des UBA-Jahresberichtes: Der Schutz der biologischen Vielfalt. Die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung gefährden einen schonenden Umgang mit der natürlichen Ressource Biodiversität – der Vielfalt der Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen und der Ökosysteme. Weltweit drohen Tausende Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich zu verschwinden. Klimawandel, Entwaldung, Flächenbeanspruchung und Schadstoffbelastung tragen dazu bei. Troge: „Wir wollen die biologische Vielfalt nicht nur schützen, weil wir wissen, was sie uns konkret heute und morgen nutzt, sondern vor allen Dingen deshalb, weil wir nicht wissen, was sie unseren Nachfahren übermorgen nutzen könnte.“ Deutschland hat das UN-Übereinkommen zur biologischen Vielfalt unterzeichnet.

Der Jahresbericht 2006 des Umweltbundesamtes ist als Druckfassung bei Gemeinnützige Werkstätten Bonn, In den Wiesen 1 – 3, 53227 Bonn, Telefon: 01888/305-3355 (zum Ortstarif); Fax: 01888/305-3356; Email: [uba@broschürenversand.de](mailto:uba@broschürenversand.de) kostenlos erhältlich. Der Bericht steht auch im Internet unter [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de), Rubrik „Presse oder „Publikationen“, zum Download bereit. Eine englische Fassung des Jahresberichts 2006 erscheint in Kürze.

\*\*\*

Dessau, den 27.07.2007

### **Vorsicht mit Insektensprays im Haushalt**

#### **Gesundheitliche Risiken beim Einsatz von Bioziden nicht vollständig geklärt**

Auch diesen Sommer wimmelt es nur so vor Insekten. Um die zahllosen Plagegeister zu bekämpfen, ist der Griff zur Sprayflasche besonders verlockend. Doch nicht nur solche Insektensprays enthalten Biozide. Fast überall in unseren Haushalten lassen sich Biozide finden – selbst in Farben, Kosmetika oder Zahnpasta. Sie sollen vor unerwünschtem Schädlingsbefall schützen. Welche Gesundheitsrisiken die enthaltenen Biozide bergen können, zeigen die Ergebnisse eines Forschungsprojektes des Umweltbundesamtes (UBA) im Rahmen des Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ (APUG). Vor allem das Bekämpfen der Insekten in Ritzen und Fugen mit solchen Sprays, die als biozide Wirkstoffe so genannte Organophosphate enthalten, kann in der Innenraumluft zu einer hohen Wirkstoffkonzentration führen und die Gesundheit gefährden. Organophosphate sind Nervengifte. Sie stören die Signalübertragung zwischen Nervenzellen beziehungsweise zwischen Nerven- und Muskelzellen. Organophosphathaltige Insektensprays sollten deshalb nicht bedenkenlos eingesetzt werden. Sofern unklar ist, ob ein Spray Organophosphate enthält, können das UBA, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit oder die Verbraucherschutzzentrale Auskunft geben.

Im Projekt wurden die toxikologischen Daten zu 20 ausgewählten Wirkstoffen ausgewertet. Nur für wenige Anwendungsbereiche ergaben sich Ansätze zur Gesundheitsgefährdung. Dies betraf Biozide mit einer hautsensibilisierenden Wirkung wenn sie bei der Anwendung mit der Haut in Kontakt kommen können, sowie die Anwendung von Bioziden in Form von Sprays. Für zehn der 20 näher untersuchten Wirkstoffe liegen Hinweise oder eindeutige Belege für eine sensibilisierende Wirkung vor. Die Belastung über die Atemluft ließe sich bei etwa der Hälfte aller ausgewählten bioziden Wirkstoffe vernachlässigen, falls diese in flüssiger Form eingesetzt würden. Anders ist es bei Biozid-Sprays: Beim Sprühen bilden sich feine Tröpfchen, die eingeatmet werden können. Bei Wischanwendungen mit Bioziden besteht diese Gefahr nicht, so dass keine hohen wirkungsrelevanten Konzentrationen in der Innenraumluft entstehen.

Die Forscherinnen und Forscher schätzten die Exposition gegenüber Bioziden – etwa auf Haut- oder Schleimhäuten – auf Grundlage der für die Chemikalienbewertung eingesetzten Expositionsmodelle. Die Bewertung der Gesundheitsgefahren erfolgte auf der Grundlage der Daten über die Zusammensetzung der Produkte, ihrer Produktionsmengen und der toxischen Eigenschaften ihrer bioziden Wirkstoffe. Besonderes Interesse galt hierbei Produkten, mit denen Kinder in Berührung kommen können, wie Zahnpasta, Farben, Reinigungs- oder Desinfektionsmittel.

Eine gründliche Analyse und systematische Ermittlung der Risiken durch Organophosphate in

Innenräumen ist sinnvoll. Geeignete Maßnahmen zur Verringerung des Risikos, das von diesen Stoffen ausgeht, werden in den nächsten Jahren im Zuge der Umsetzung der EG-Biozid-Richtlinie entwickelt.

Eine ausführliche Zusammenfassung der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Gesundheitsrisiken biozidhaltiger Produkte und Gegenstände des täglichen Bedarfs“ steht unter <http://www.apug.de/leben/produkte/biozidhaltige-produkte.htm> zum Download bereit.

Eine Zusammenfassung veröffentlicht zudem demnächst die Zeitschrift „internistische praxis“ unter der Rubrik „Medizin und Umwelt“.

\*\*\*

7.8.2007

### **Dialog über das Umweltgesetzbuch erwünscht Erster Band der Reihe „Forum Umweltgesetzbuch“ erschienen**

Die Bundesregierung will noch in dieser Wahlperiode den ersten Teil eines Umweltgesetzbuches (UGB) vorlegen. Das UGB soll das bislang zersplitterte Umweltrecht zusammenführen und vereinfachen. Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) begleiten die Entstehung mit der neuen Veröffentlichungsreihe „Forum Umweltgesetzbuch“. In loser Folge werden hier Autorinnen und Autoren aus der Bundespolitik, den Ländern, der Wirtschaft, den Umweltverbänden sowie aus Wissenschaft, Justiz und Vollzugspraxis ihren Standpunkt zum Umweltgesetzbuch veröffentlichen.

Ein umweltrechtliches Großprojekt wie das UGB kann nur im offenen und öffentlichen Dialog mit Fachleuten und Betroffenen erfolgreich sein. Ziel der Veröffentlichungsreihe soll vor allem sein, in der Diskussion über die Ziele, die Ausgestaltung und die Grenzen eines Umweltgesetzbuchs Denkanstöße und Argumente zu liefern.

Der erste Band liefert einen ersten, guten Einstieg in das Thema „Umweltgesetzbuch“: Er dokumentiert auf 52 Seiten die Tagung „Herausforderung Umweltgesetzbuch“, die BMU und UBA im Februar 2007 veranstalteten. Namhafte Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Praxis diskutierten dort den Rahmen und die wesentlichen Inhalte des Umweltgesetzbuches.

Das „Forum Umweltgesetzbuch“ kann im Internet bestellt oder heruntergeladen werden unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3297.pdf>. Mehr Informationen auch unter <http://www.umweltgesetzbuch.de>.

Anmerkung Scherrmann:

Auf der pdf-Datei findet sich zwar auf S. 8 der Satz: "Umweltgesetze sorgen bei allen Beteiligten für Rechtssicherheit und Orientierung. Sie stellen sicher, dass Mensch und Umwelt wirksam geschützt und Risiken entsprechend dem technischen Fortschritt begrenzt werden."

Doch auf den 55 Seiten taucht der Begriff "Mensch" nicht mehr und die Begriffe "krank", "Krankheit", "Gesundheit", "Kinder" überhaupt nicht auf. (Bezeichnenderweise der Begriff "Natur" 84-mal.) Es bleibt abzuwarten, ob die logische Verknüpfung "Umwelt - menschliche Gesundheit - Gesetz" über den obigen Satz hinaus stattfinden wird.

Ich denke, die "Umwelt- und Klimarettungsaktionen" können nicht wirklich effektiv sein,

- da die Risikobewertungen häufig nicht industrieunabhängig vorgenommen werden,
- da Einzelstoffbelastungen wenig mit unserer modernen Wirklichkeit zu tun haben,
- da das Wissen über Zusammenhänge zwischen Schadstoffen und Krankheiten zu wenig verbreitet wird und als Folge von den BürgerInnen zu wenig wahrgenommen werden kann.

Ich denke, wenn den Bürger und Bürgerinnen die Zusammenhänge klarer wären, würden sie mehr Eigenverantwortung im Bereich Klimaschutz und Schadstoffminimierung wahrnehmen. Dann und nur dann könnten Mensch, Umwelt und Klima tatsächlich besser geschützt werden.

=====

Ende des newsletter/d/110

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529

email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt